

Auf dem Weg in ein digitales Europa

Die neue **Datenschutzgrundverordnung** harmonisiert den Datenschutz von 28 europäischen Staaten. Das ist eine gute Nachricht für die Bürger

Von Axel Voss

Durch die technologischen Entwicklungen der letzten Jahre erleben wir eine sich ständig verändernde digitale Welt. Die vielen neuen Möglichkeiten bieten immense Chancen in allen Lebensbereichen, werfen aber auch viele Fragen auf. Sowohl die politischen Diskussionen im Datenschutz als auch beim Urheberrecht zeigen, dass im Zuge der digitalen Umwälzung viele grundlegende Entscheidungen auf uns zukommen. Können wir unsere alten Denkstrukturen und bisherigen Prinzipien so unverändert anwenden?

Ist die Einwilligung, die Datenminimierung oder die Erhebung der Daten nur zu einem bestimmten Zweck noch zeitgemäß? Ich denke, nein! Der deutsche und vor allem der europäische Gesetzgeber müssen intelligentere, kreativere Regelungen verabschieden, um die Balance zwischen Grundrechtsschutz und Innovation sowie Sicherheit besser zu erreichen.

Die neue Herrschaft der Datenschützer

Damit uns dies gelingt, werden wir alte Konzepte aufgeben müssen. Wenn wir es hingegen zulassen, dass Ideologen diese (R)Evolution aufhalten, werden wir schnell merken, dass Europa den Anschluss verliert.

Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wird



Europas digitale Zukunft im Blick Axel Voss (CDU) ist seit 2009 Abgeordneter des EU-Parlaments und Mitglied im Rechtsausschuss

ein Flickenteppich aus 28 nationalen Datenschutzregelungen weitestgehend harmonisiert. Für unsere Bürger ist dies eine sehr gute Nachricht, von Lissabon bis Tallinn gilt dann ein hohes Schutzniveau für personenbezogene Daten, kleine und mittlere Unternehmen freuen sich auf gleiche Standards überall in der EU.

Die Unsicherheit, die derzeit entsteht, nutzen die Datenschützer, um Standards im Markt unterzubringen, die europarechtlich keine Grundlage haben. Sie interpretieren das europäische Recht in einer Art und

Weise und zwingen die Unternehmen zu Standards, die unsere digitalen Fortschritte wieder infrage stellen und Innovationen stark behindern! Schon jetzt

hinken viele Regelungen der DSGVO dem Fortschritt hinterher. Neue Technologien, basierend auf künstlicher Intelligenz, werden nicht geregelt. Während man europäisch bei der DSGVO noch eine gute Balance zwischen Datenschutz und Fortschritt gefunden hat, könnte hingegen die geplante E-Privacy-Verordnung den Kontinent in die digitale Steinzeit zurückbefördern:

ein ausufernder Anwendungsbereich, ein fast vollständiges Verbot der Datenverarbeitung und ein Verbot von Cookies.

Urheberrecht und Plattformen

Auch der falsche Umgang bei den digitalen Plattformen mit künstlerischen, kreativen Inhalten und Presseerzeugnissen muss zugunsten Betroffener korrigiert werden.

Die digitalen Plattformen müssen mehr Verantwortung übernehmen für das, was sich bei ihnen abspielt – in puncto Urheberrecht, Strafrecht, Terrorbekämpfung oder der Verbreitung von Fake News. Die Diskussion über den Untergang der Meinungsfreiheit oder des Hyperlinks ist irrsinnig, überzogen und fehlgeleitet.

Unsere demokratischen Strukturen erfordern eine unabhängige Presse, die auch wirtschaftlich von Suchmaschinen unabhängig sein muss. Deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass Presseverlage eine faire Vergütung erhalten, wenn man ihre Inhalte nutzt.

Es kann nicht sein, dass solche Urheberrechtsverletzungen im Internet geduldet werden. Ich bin der Meinung, dass wir nur so sicherstellen können, dass der wirtschaftliche Wert der europäischen Kreativen auch in Europa erzielt werden kann.

